

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zt. mit Zustellung 3.80 zt. Bei Postbezug monatl. 3.89 zt. vierteljährlich 11.66 zt. Unter Streifband monatl. 7.50 zt. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher 30 gr.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einzige Millimeterzeile Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Blattdruck u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewalt übernommen. Postleitkonten: Polen 202 157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 36

Bydgoszcz / Bromberg, Dienstag, 15. Februar 1938

62. Jahrg.

Un einer historischen Begegnung.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Die Aussprache, die sich im Sejm plenum nach dem Bericht des Generalreferenten entwickelt hat, war von interessanter Reichhaltigkeit; die Redner berührten eine Anzahl brennender Fragen, deren Lösung die denkende Öffentlichkeit mit Spannung entgegen sieht, und sie taten es mit höchst anerkennenswertem Freimut. Solche Aussprachen, deren Zahl sich auch in diesem Parlament mehr, zeugen davon, daß es heute unmöglich ist, um die tiefgreifenden Wirkungen der Tatsache herumzukommen, daß wie die ganze Welt, auch Polen sich auf einer historischen Begegnung befindet, an einer Entwicklungswende, wo „eine alte Welt im Sterben liegt und die Geburt einer neuen Welt erst im Gange ist“ und wo „Verwirrenheit sowohl in den Geistern als auch in den Dingen herrscht“ (Guglielmo Ferrero). Einen geradezu erschütternden Eindruck auf den Sejm machten die die unheimliche Verwirrenheit der Geister und Verwirrenheit der Zustände widerspiegelnden verblüffenden Darlegungen, mit welchen General Zeligowski vor die Kammer trat. An das Misstrauensvotum anknüpfend, das er von einigen zehn Mitgliedern der Militärmmission erhalten hatte, hob er mit fühlbarem Freimut den Schleier von dem selten mit solcher Klarheit zum Ausdruck gebrachten tiefen Gegensatz, der die nationale polnische Volksgemeinschaft nach dem Hinscheiden des Großen Marshalls auseinanderreißt.

„Wir stehen“ — sagte General Zeligowski — „an einer Wegekreuzung: Der eine Weg ist die Verfassung, der andere Weg wird verschieden genannt. Die einen sprechen von einer Diktatur, die anderen von Totalismus, andere wiederum vom Führerprinzip. Ich bin weit davon entfernt, zu sagen, daß alle diese Wege schlecht seien. Wir sehen in anderen Ländern, daß sie zu außerordentlichen Ergebnissen geführt haben. Ich möchte aber, daß es bei uns keine falsche Situation gebe. Entweder werden wir den Weg der Verfassung gehen oder den Weg der Organisierung der Nation außerhalb der Verfassung. Ich habe in meinem Gewissen den ersten Weg gewählt. Denn, womit könnten wir es rechtfertigen, wenn wir den anderen Weg betraten? Daß es im Osten und Westen totalitäre Staaten gibt, ist für mich noch kein Argument. Der Totalismus Russlands ist die Fortsetzung des Totalismus des Zarismus, der sich auf die Unterdrückung der Nation stützt. Er kann daher für uns kein Vorbild sein. Ein Vorbild kann für uns auch nicht der westliche Totalismus sein, wo die Volksgemeinschaft ganz anderer Art ist und auf einer hohen Zivilisationsstufe steht.“

„Mit groinem Bedauern höre ich immer, daß wir vom Marshall sprechen, wenn es gar nicht nötig ist. Doch muß ich ebenfalls zur Autorität des Marshalls Instinkt nehmen, der keine Diktatur will und gesagt hat: „Wenn ich hier Diktator sein werde, so wird es in jedem Städtchen 50 Diktatoren geben.“

„Wir hatten als zweite Etappe den Unparteilichen Block. Wir wissen, welche edlen Intentionen ihm zugrunde lagen, wir wissen auch, wie viel Bitterniß er uns lädt, den breiten Volksmächtigen gebracht hat. Es ist ein großes Verdienst des Obersten Sławek, daß er den Unparteilichen Block aufgelöst hat, als die neue Verfassung ins Leben getreten war. Und wenn wir auf diesem Wege weiter gegangen wären, würde es weniger solcher Dinge geben, wie der kleine Vorfall mit der Militärmmission.“

„Unsere Verfassung“ — fuhr General Zeligowski fort — „erscheint manchmal wie nicht zu Ende geführt. Man sprach hier von der staatlichen Doktrin. Sicher: der Staat und seine großen Richtlinien haben. Aber wer gibt sie, wer kümmert sich darum? Kann sie der Sejm geben? Nein. Wir vermögen ein Bild der Stimmungen der Volksgemeinschaft zu geben, doch insgemein bringen wir diese großen Linien nicht zum Ausdruck. Der Senat ebenfalls nicht. Die Gromada hat ihren Rat, die Wojewodschaft hat auch ihren Rat, die Regierung hat den Sejm und den Senat und wen hat der Herr Staatspräsident? Eine Stimme: Die ganze Nation! Wie wird die Nation es ihm sagen? Wo sind die großen Richtlinien des Staates? Wer kümmert sich um sie?“

„Man wird mir sagen können, daß dies die politischen Parteien tun müssen. Aber vorläufig sind sie von der Einflussnahme auf die politischen Linien des Staates ausgeschlossen.“

Unbeschreiblich war der Eindruck, den auf die Kammer die Schlussfolgerung der Darlegungen des Befreiers Vilnas gemacht hat. Diese Schlussfolgerung lautete dahin, daß man den Zusammenschluß der Nation in realer Weise beschleunigen könnte, wenn der Staatspräsident zur Feststellung der großen politischen Richtlinien des Staates ein Beratungsorgan beriefe, bestehend aus den Vertretern aller ideenmäßig bestimmten Gruppierungen. Das wäre kein Amt, sondern ein Kreisverdienstvoller und erfahrener Menschen. General Zeligowski verlas dann die bekannte Liste von Männern, die er für diesen Beirat empfehlen würde.

Während der Verlesung dieser Reihe von Namen, die friedlich nebeneinander aufstellt wurden und die, seit es zwölf Jahre, seien es Jahrzehnte hinteren Kampfes auseinandernebrachte hatten, herrschte tiefe Stille in

der Kammer. Die Kammer war wie erstarri, als General Zeligowski die Tribüne verließ. Erst in den Klubräumen und in den Wandelgängen löste sich der Raum und die gewaltige Nervenspannung suchte sich eine Ableitung in zusammenhängen und unbekümmerten, allzu lauten, Resistenzen gleichen Gesprächen. Die meisten Abgeordneten hatten die Übersicht verloren... Kein Wunder. General Zeligowski hat mit bewunderungswürdiger Gelassenheit alle Grundsätze und Grundlagen der politischen Orientierungen in Polen kurzerhand durcheinander und in einen Topf geworfen; damit hat er wörterlich alles auf den Kopf und die ganze bisherige Entwicklung Polens, den Sinn aller Kämpfe, welche diese Entwicklung herbeigeführt hatten, in Frage gestellt! Solche Situationen schafft zwangsläufig jede wirklich große Zeitwende, der Moment zwischen zwei Epochen, der Moment zwischen dem Tode einer alten und der Geburt einer neuen Welt. Ein typischer Vermischungskomplex. General Zeligowski möchte alle Vertreter der starren Ideensysteme der Vergangenheit mit den Vertretern der jüngsten Machtgegebenheiten zu einer Gemeinschaft vereinigen, in der Hoffnung, daß diese Babelturm-Werkgemeinschaft die Leiter der Richtlinien herzustellen imstande sein werde, auf der Polen in den Himmel der neuen Zeit hinaufsteigen soll!

Es ist etwas tief Rührendes in der Idee des Generals Zeligowskis. Man vergegenwärtige sich, was der Befreier

Vilnas vorschlägt: nicht mehr und nicht weniger, als einen Strich zu machen durch die ganze Geschichte des neuen Polen und alles von vorn anfangen und besser zu machen. Und besser machen werde man diese Geschichte, wenn man die unerbittlichsten Gegner des Marshalls Pilsudski mit Omowski an der Spitze ans Werk ruft. General Zeligowski steht auf dem Boden der Verfassung. Was könnten aber Omowski und Witos und Swietochowski, Bojciechowski, Rataj, Bujak und sogar Niedzialkowski dem Staatspräsidenten als Grundvorlage der heilsamsten Richtlinien für den Staat anderes zuerst und vor allem empfehlen, als: den gründlichen Abbau der jetzt geltenden Verfassung? Wie kann sich der Staatspräsident von solchen Ratgebern beraten lassen?

Indessen muß festgestellt werden, daß die Rede des General Zeligowskis nicht verfehlten wird, tiefe Wirkungen auszulösen. Man spürt sie bereits. Im „Ozon“ geht mancherlei vor, was auf ein vielleicht unheilbares Leiden schließen lassen könnte. Beunruhigende Symptome mehrern sich. Gerade zur Zeit als die denkwürdige Aussprache im Sejm vor sich ging, hat der Vorsitzende des parlamentarischen „Ozon“-Klubs Abg. Oberst Świdziński seinen Verzicht auf die Würde des Vorsitzenden angemeldet. Die Wahl des Augenblicks für diesen Schritt wird allgemein als vielsagend empfunden.

Aussprache Schuschnigg-Hitler in Berchtesgaden. Eine politische Sensation für das Ausland.

Wie das Deutsche Nachrichten-Bureau aus Berchtesgaden mitteilt, hat der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg am Sonnabend in Begleitung des österreichischen Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, und des deutschen Botschafters von Papen in Begleitung des Reichsministers des Auswärtigen, von Ribbentrop, dem Führer und Reichskanzler auf dem Obersalzberg einen Besuch abgestattet. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsch, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich betreffen, anzusprechen.

Nach einem Bericht des Berliner Korrespondenten der „Wiener Neueste Nachrichten“ aus München, trafen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Staatssekretär Dr. Schmidt mit dem Auto, aus Salzburg kommend, um 10 Uhr vormittags, auf dem Obersalzberg ein. Der Führer und Reichskanzler erwartete am Eingang des Berghofes die österreichischen Gäste, die seiner persönlichen Einladung gefolgt waren und geleitete sie in sein Haus. Im Hause hatten der neue Reichsausßenminister, Herr von Ribbentrop, und Botschafter von Papen die Ankunft des Bundeskanzlers und des Staatssekretärs erwartet. Nach der Begrüßung machte der Hausherr mit seinen Gästen einen Rundgang durch den Berghof, den nach den eigenen Angaben des Führers geschaffenen Oberbayerischen Hof, der mit seiner Fassade, die sich ganz harmonisch der Landschaft eingliedert, den Hang des Obersalzberges beherrscht. Es wurden die Räumlichkeiten des Hauses besichtigt. Nach dem Rundgang wurde ein Imbiß eingenommen, und kurz nach 11 Uhr begann die Unterhaltung zwischen den beiden Staatsmännern, an der auch die beiden Außenminister und Botschafter von Papen teilnahmen. Die Unterredung dauerte etwas über vier Stunden.

Siedlungsmöglichkeiten auf Madagaskar.

Der Vorsitzende der Sachverständigen-Kommission zur Prüfung polnischer Siedlungsmöglichkeiten in Madagaskar, Major Lepicki, hat in einem Vortrag das Ergebnis der Prüfungen der Öffentlichkeit mitgeteilt. Danach können in Madagaskar 15 000 Familien mit rund 70 000 Köpfen auf fruchtbare Hochebene im Zentrum Madagaskars Siedlungsmöglichkeiten erhalten. Es handelt sich um ein Gebiet von 170 000 Quadratkilometern, das ist etwa die Hälfte des heutigen polnischen Staatsgebiets. Bei einer Durchschnittstemperatur von 18 Grad Celsius auf der Hochebene seien die Bodenverhältnisse günstig. Die Ansiedlung von 15 000 Familien würde etwa 25 Millionen Zloty Kosten verursachen, die von den jüdischen Emigranten ausgebracht werden müßten. Major Lepicki hält die kreditmäßige Vorsfinanzierung dieser Ansiedlung für durchführbar.

Die verhältnismäßig gering angenommene Kopfszahl, gemessen an der Größe des Siedlungsgebiets ergibt sich daraus, daß bei diesem Siedlungsplan die natürliche Bevölkerungsvermehrung der polnischen Juden bereits in Rechnung gestellt werden soll. Umgekehrt ist die angenommene Familiengröße groß genug, um den laufenden Geburtenüberschuß der Juden in Polen, der sich um rund 30 000 Köpfe jährlich bewegt, laufend in Madagaskar aufzunehmen. So würde zum mindesten eine Vermehrung der Juden in Polen verhindert und bei gleichzeitigem Anwachsen der polnischen Bevölkerung der jüdische Anteil automatisch geringer werden.

Der Eindruck in Berlin.

Die Sonntag-Brühansagen der Berliner Blätter bringen die Meldung über das Zusammentreffen der beiden Staatsmänner in großer Aufmachung auf der einen Seite, ohne allerdings bis jetzt eigene Kommentare daran zu knüpfen. Die Überraschung und Anteilnahme an diesem Ereignis waren besonders groß bei den Auslandskorrespondenten in Berlin, vor allem bei den Vertretern der ungarischen und tschechischen Blätter und der gesamten Balkanpresse. Man empfund es als äußerst bemerkenswert, daß diese Zusammenkunft noch vor dem Datum des 20. Februar, dem Tag, an dem die große Reichstagsrede des Führers gehalten wird, erfolgte.

Nach einem Bericht des Berliner Korrespondenten der „Gazeta Polska“ hat der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers bei dem Führer und Reichskanzler in den diplomatischen Kreisen Berlins ein riesiges Interesse wachgerufen. Man erblickte in der Begegnung den Beweis für den Willen einer Entspannung der Atmosphäre, die sich zwischen Österreich und dem Reich im Laufe der letzten Monate herausgebildet habe.

In Berlin erwarte man keine sensationellen Ergebnisse der Zusammenkunft in Berchtesgaden, aber schon der persönliche Kontakt dieser beiden Staatsmänner besitzt seine Tragweite. Seit dies doch seit Januar 1933 die erste Begegnung der beiden Kanzler.

Der Verlauf der Unterhaltung werde bis jetzt gehalten. Es werde jedoch angenommen, daß der Reichskanzler seinem Gast die Versicherung gegeben habe, daß das nationalsozialistische Lager nichts unternehmen werde, um die in Österreich herrschende Struktur zu ändern, während Kanzler Schuschnigg wahrscheinlich erklärt habe, daß die legitimistischen Pläne nicht aktuell seien. Die Erklärungen hätten den Zweck, das Abkommen vom 11. Juli 1936, in dessen Rahmen die deutsch-österreichischen Beziehungen eine weitgehende Verbesserung und Verengung erfahren könnten, zu beleben.

Von anderer Seite verlautet, daß binnen kurzem eine Rekonstruktion des österreichischen Kabinetts erfolgen wird und daß einige Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen werden sollen. Dabei soll es sich um Personen handeln, die das unbedingte Vertrauen des Bundeskanzlers besitzen. Den verurteilten Nationalsozialisten in Österreich soll Amnestie gewährt werden.

Eine Entspannung zwischen Berlin und Wien werde, so heißt es in der Meldung weiter, zweifellos vor allem in Rom mit Befriedigung begrüßt werden, wohin sich Adolf Hitler in den ersten Tagen des Monats Mai begeben wird.

Sensation in Wien.

Die Nachricht von dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers bei dem Führer und Reichskanzler war für die gesamte Öffentlichkeit Wiens eine Riesenüberraschung. Die „Wiener Neueste Nachrichten“ nehmen an, daß in den Stunden, die die beiden Kanzler zusammen waren, die Politik des 11. Juli einen Großteil des Gesprächs beherrschte. Zu dieser Politik des 11. Juli, die die volle gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit beider Staaten zur Grundlage hat, hätten sich Wien und Berlin in gleicher Weise bekannt. Die Weite des Problems und die Vielfältigkeit der Fragen, die das Verhalten der beiden Staaten berühren, dürfen eine endgültige Stellungnahme noch nicht ermöglicht haben. Das Blatt hofft, daß in nicht allzu ferner Zeit die Vereinigung aller beiden Staaten gemeinsamen Fragen in konkreter Weise besprochen werden kann. Die von beiden Seiten anerkannten Grundzüge des Abkommens vom 11. Juli seien eine weitere ehrliche Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Bruderstaaten voraus.

Überraschung in Warschau.

In Warschau wird der Besuch im Berchtesgaden als die größte Überraschung der letzten Tage angesehen, zumal die Gerüchte über unfreundliche Absichten Berlins gegen Wien, die auch in der polnischen Presse ausgetragen wurden, damit widerlegt sind. Während man einerseits offen Verwunderung äußert, verlautet von diplomatischer Seite, daß die Einladung von Dr. Schuschnigg bereits vor einigen Wochen ergangen sei und daß der Zweck der Unterredung die Erweiterung und Vertiefung des österreichisch-deutschen Ausgleichs war wie er im Vertrag vom 11. Juli 1936 festgelegt wurde.

Eindruck in Paris.

Die Öffentlichkeit der französischen Hauptstadt ist natürlich durch die Nachricht von der Begegnung Hitler-Schuschnigg auf dem Obersalzberg stark beeindruckt. Man spricht davon als von der zweiten Sensation einer Woche, für die der Führer und Reichskanzler verantwortlich zeichne.

So freundlich die Meldung aus Berchtesgaden auf der einen Seite aufgenommen wird, so mißtrauisch ist man andererseits. Einige Pariser Abendblätter wissen nicht, ob sie lachen oder weinen sollen und beschränken sich, die Tatsache als solche kommentarlos — allerdings in großer Aufmachung — zu bringen.

"Paris Soir" stellt fest, Hitler habe die Freundschaft mit Österreich als notwendig erkannt. Er tue alles, um nicht nur niemanden zu verärgern, sondern um durch freundshaftliche Gesten seinen guten Willen zu beweisen.

"Temps" meint als einziges Blatt, die Initiative für die Unterredung auf dem Obersalzberg sei von Schuschnigg ausgegangen, der klar habe sehen wollen, wie sich Deutschlands Politik Österreich gegenüber nach Papens Afferierung nun gestalten werde.

Mussolini — der Initiator der Begegnung?

Noch Ansicht Wiener informierter Kreise soll die Initiative der direkten Begegnung zwischen Hitler und Schuschnigg von Mussolini ausgegangen sein, der ein Interesse an den gut nachbarlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland habe. Nam vertritt ferner den Standpunkt, daß diese Zusammenkunft eine gewisse Klärung der in der letzten Zeit zwischen den beiden Staaten gesponnenen Verhältnisse bringen würde. Dies würde auch den Intentionen Mussolinis entsprechen, dem ein friedliches Zusammenleben zwischen Österreich und Deutschland sowie eine Entspannung der Atmosphäre in Mitteleuropa am Herzen liegt.

Im Zusammenhang damit wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Ernennung eines neuen Gesandten an Stelle des Herrn von Papen nicht mehr aktuell sei, da man annehmen könne, daß von Papen nach der jetzigen Zusammenkunft in Berchtesgaden noch eine gewisse Zeit in Österreich bleiben werde.

Schuschnigg wieder in Wien.

Der österreichische Bundeskanzler ist mit seiner Begleitung in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag mit einem Sonderzug wieder in Wien eingetroffen. Für Montag ist eine Sitzung des Ministerrats eingerichtet worden.

Höring kommt doch nach Polen.

Die Behauptung, daß der diesjährige Besuch des Reichsministers und Generalfeldmarschalls Höring in Polen wegen der innendeutschen Ereignisse abgesagt wurde, trifft, wie von maßgebender polnischer Seite verlautet, nicht zu. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagssitzung, welche Höring zu leiten hat, ist nur eine kurze Verschiebung des Ausflugs auf die letzte Februar-Woche vereinbart worden.

Die polnische Presse wurde ermahnt.

Zu den deutschen Protesten wegen der ausländischen Berichterstattung über die Vorgänge im Reich wird in Warschauer politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß an die polnische Presse bereits Mahnungen ergangen seien, den Alarmnachrichten keinen Glauben zu schenken.

Auch die halbamtliche "Gazeta Polska", das offizielle Organ des Lagers der Nationalen Einigung, bezeichnete diese Alarmnachrichten als Zeugnissen. "Wir würden", so betont das Blatt, "falls es sich lohnen sollte, eine Sektion an diesen verendeten Enten vorzunehmen, uns davon überzeugen, daß sogar die Vogel, die in Warschau aufgeflogen sind, an der Donau, an der Moldau, an der Seine oder auch an der Themse aus dem Ei gekrochen sind."

Keine Vermittlung.

Rotspanische Besuche in Paris.

Die Ankunft einer Reihe von rotspanischen Deputierten auf französischem Boden hat zusammen mit den Nachrichten von den englischen Ausgleichsbemühungen mit Italien dazu geführt, daß neuerlich Gerüchte in Frankreich im Umlauf sind über eine gütliche Vereinbarung zwischen den beiden kämpfenden Parteien in Spanien. Irgend eine greifbare Bestätigung für diese Gerüchte liegt nicht vor, zumal die anwesenden rotspanischen Parlamentarier alle Gerüchte von einem gütlichen Ausgleich dementieren und der rote Ex-Ministerpräsident Martínez Barrio versucht, durch einen Artikel im "Doubre" erneut die französischen Gefühle für eine straffere Intervention zu entflammen. Er schreibt, daß nur durch einen Sieg der spanischen republikanischen Kräfte die Sicherheit Frankreichs im Mittelmeer gewährleistet werden könne.

Auf der anderen Seite kommt eine Reihe von Gerüchten über die französisch-nationalspanische Grenze, die vom "New York Herald" aufgezeichnet werden. Danach soll sich die Englische Regierung vorläufig im Einvernehmen mit Portugal oder Italien zu einer neuen Vermittlungskontakt aufgeschlossen haben, und zwar wählt sie als Anlaß dafür die Anfrage wegen der Humanisierung des Krieges. In London wurde die Anfrage an den Herzog von Alba gerichtet, der als offiziöser Botschafter der Nationalen Regierung in London Dienste leistet.

Von rotspanischer Seite wird alles auf das schärfste abgeleugnet. Der ehemalige rotspanische Ministerpräsident Portella hat erklärt, daß man wohl dem Krieg durch eine Vermittlung ein Ende machen könne, aber damit sei die spanische Einigkeit nicht wiederhergestellt. Es gebe kein

anderes Spanien als ein republikanisches, und die Westmächte brauchen lediglich dafür zu sorgen, daß die Freiwilligen auf Francos Seite abtransportiert und die Roten mit genügend Material versorgt werden, und die spanische Frage sei ein für allemal gelöst.

Woldemaras begnadigt

Der litauische Staatspräsident hat aus Anlaß des bevorstehenden 20jährigen Jubiläums der litauischen Unabhängigkeit am 16. d. M. zahlreiche Begnadigungen von Strafgefangenen und andere Straferlass und Strafmilderungen angeordnet. Unter den Begnadigten befindet sich auch der frühere litauische Ministerpräsident Prof. Woldemaras, der im Zusammenhang mit dem Militärputsch vom Jahre 1924 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Das Testament des Fürsten von Pleß.

Am Donnerstag fand im Pleßer Amtsgericht die Eröffnung des Testaments des verstorbenen Fürsten von Pleß statt. Anwesend waren Graf Alexander Hochberg und sein Rechtsbeistand sowie Gräfin Lotilde Hochberg, die Witwe des verstorbenen Grafen Volko Hochberg. Der älteste Sohn des Fürsten war zur Testamentseröffnung nicht erschienen. Der jetzige Fürst von Pleß hatte an das Burgrichter ein Schreiben gerichtet, in dem die Frage der Zwangsverwaltung angeschnitten wird. Der Fürst von Pleß erwähnt, daß die Fideikommissionsverwaltung angeblich noch nicht aufgehoben sei und verlangt, daß er in seine Rechte eingesezt wird. Das Schreiben des Fürsten von Pleß wurde den Testamentsakten beigefügt.

Im Zusammenhang mit dem Schreiben des Fürsten wird amüsierend darauf hingewiesen, daß die Zwangsverwaltung bereits im August des Vorjahres aufgehoben worden sei, daß jedoch bisher im Zusammenhang damit noch keine Ausführungsbestimmungen erschienen sind.

Der verstorbene Fürst von Pleß hat seinen Besitz in 80 gleiche Teile aufgeteilt. Am meisten bedacht wurde der jüngste Sohn, Graf Alexander Hochberg, der 1/10 des Besitzes erhielt. Der älteste Sohn, Fürst Hans Heinrich von Pleß, wurde nur mit 1/10 bedacht. Je 1/10 erhielten Gräfin Beatriz Hochberg, die minderjährige Tochter des Fürsten, sowie die Witwe des verstorbenen Grafen Volko Hochberg und deren Kinder.

Als Testamentsvollstrecker wurde Graf Alexander Hochberg eingesezt. Seine Vertreter sind Direktor Gdynia bzw. Dr. Nied aus Katowitz.

Beisetzung des Prinzen Nikolaus von Griechenland.

Die Beisetzungsfestlichkeiten für Prinz Nikolaus von Griechenland bestimmten am Sonnabend das Gesicht der griechischen Hauptstadt Athen. Eine unabsehbare Menschenmenge säumte schon seit den Vormittagsstunden den Weg des Trauerganges und die Kathedrale, in der um die Mittagsstunde vom Erzbischof von Athen unter Assistenz aller Mitglieder des Heiligen Synod ein Trauergottesdienst abgehalten wurde. Dem Gottesdienst wohnten König George II., die Witwe des Verstorbenen, Prinzessin Helen, mit ihren Töchtern, der Prinzessin Olga von Jugoslavien, der Gräfin Elisabeth von Toerring und der Herzogin Marina von Kent, ferner Prinzregent Paul von Jugoslavien, der Herzog von Kent und alle Mitglieder des griechischen Königshauses bei. Die Regierung war vollzählig, mit Ministerpräsident Mataras an der Spitze, erschienen. Auch das gesamte Diplomatische Korps war gekommen. Nach dem Gottesdienst wurde der Sarg auf eine Lafette gesetzt und, während die Truppen der Athener Garnison die Ehrenbezeugungen leisteten, von dem königlichen Trauergesorte bis zu der Stelle des Weges geleitet, von wo die Überführung in einem Automobil zum königlichen Mausoleum in Tatou erfolgte. An der Beisetzung in Tatou nahmen dann nur die Mitglieder der königlichen Familie teil.

Drei Zentren der Komintern.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Prag meldet, plant die Komintern die Schaffung von drei Zentren zur Bewirkung ihrer Umsturzpläne. Diese drei Hauptfilialen sollen in Prag, Basel und Straßburg installiert werden. Prag werde die Hauptniederlassung der Komintern in Mitteleuropa sein.

Der Kownoer Sowjetgesandte erschossen.

Die lange Kette des sowjetrussischen Diplomatenmordes ist um ein weiteres Glied vermehrt worden. Wie das Militärblatt "Polska Brojna" aus Kowno meldet, ist der frühere Kownoer Sowjetgesandte Podolski in Moskau erschossen worden. Das Blatt weist besonders darauf hin, daß die Erschießung erfolgte, ehe noch Podolskis Afferierung von dem Posten in Litauen offiziell bekanntgegeben wurde.

Böllerrecht?

Der Ausdruck Böllerrecht ist ebenso irreführend wie die Bezeichnung Böllerbund. In beiden Fällen handelt es sich nicht um Völker, sondern um Staaten, deren äußere Beziehungen zu einander geregelt werden sollen und die sich zu einer losen Vereinigung zusammengeschlossen haben; die Franzosen sagen société des nations, die Engländer league of nations, nur die Deutschen vergangener Tage übersteigerten es zu einem "Böllerbund". Das sogenannte Böllerrecht ist in Wirklichkeit ein zwischenstaatliches Recht, während ein wirkliches Böllerrecht ein innerstaatliches Recht ist, das die Rechte verschiedener Völker oder Volksgruppen in einem Staat zu einander regelt. Dieses innerstaatliche Böllerrecht wird mit dem naturrechtlichen Selbstbestimmungsrecht der Völker begründet, das als Schlagwort in den Tagen des Versailler Diktats eine große Rolle spielte und das man besser ohne liberalistischen Einfluss Selbstbestimmungsrecht der Völker oder auch Selbststernrecht der Völker nennt, das auch unabhängig von staatlicher Grenzziehung gilt. Ein solches Volksgruppenrecht ist in den Staatsverfassungen verschiedener Nachfolgestaaten verankert im Sinne der demokratischen Ideologie. Dadurch kommt zu dem un-

veräußerlichen naturrechtlichen Selbstbehauptungsrecht auch ein positiverechlicher Selbstbestimmungsanspruch.

Als Beispiel kann etwa die Tschechoslowakei gelten mit den Verfassungsbestimmungen für das sogenannte Karpatenußland und mit der weitgehenden Autonomie innerhalb der verschiedenen Volksgruppen des tschechoslowakischen Staates. Dieses durch die Staatsverfassung und verschiedene verbindliche Regierungsverklärungen des tschechoslowakischen Staates anerkannte innenstaatliche Völkerrecht spricht den einzelnen Volksgruppen auch positiverechtlich einen Selbstbestimmungsanspruch zu. Wird dieser Anspruch nicht erfüllt und gewinnt ein Volk die Überzeugung, in einem Staat nie sein Recht zu finden, so ist es berechtigt, diesen Staat — mit allen völkerrechtlichen Folgerungen — als fremden Staat anzusehen.

Diese Ausführungen mache in festlichem Rahmen der Präsident der Akademie für die Rechte der Völker Dr. Dr. Dr. Hans A. G. Keller, der fröhrende Persönlichkeiten aus Diplomatie, Partei und Staat, Wissenschaft und Welt-Presse zu einem Vortragsabend in die geschmackvoll ausgestatteten Räume der Deutschen Gruppe der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten zu Berlin eingeladen hatte. — Ein amerikanisches Mitglied der Akademie Professor Stangeland sprach in englischer Sprache im Namen der neutralen Gelehrtenwelt gegen die völkerrechtswidrige Unterdrückung der 3½ Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei und nannte die tschechoslowakische Demokratie eine neue Form von Hypocrisie.

Die Anwendung auf andere Staaten liegt nahe. Kl.

33 000 Banditen unter 60 000 Soldaten!

Organisierter Guerillakrieg in Nordchina.

Es ist bei den ungeregelter und unübersehbarer Verhältnissen des Fernen Ostens, vor allem im Innern des weiten chinesischen Reiches, immer schon schwierig gewesen, regelrechte Soldaten von regelrechten Banditen klar zu unterscheiden. Die sich selbst überlassene Soldateska in entlegenen Gegenden hat sich schon oft erfolgreich als Straßenräuber betätigt, und der Schutz durch solche wilden Gesellen hatte für europäische Reisende immer etwas Bedeutendes: man wußte nie, woran man eigentlich war. Die Afrikaforscherin Alexandra David-Neel zum Beispiel berichtete anschaulich in ihren Büchern, wie die Soldaten, die sie und ihren Begleiter auf Befehl eskortierten, nach getaner Pflicht sich für den Rest des Tages möglich auf die Lauer legten, um andere Reisende, die nicht durch rettende "Papiere" geschützt waren, zu überfallen.

Auch die Nachttätigkeit von sonst friedlichen Einwohnern, die die Reisenden bei sich aufnahmen, ist vielfach dunkel. Man durfte nicht nach Näherem fragen, wenn etwa der Herr des Hauses plötzlich schwer verwundet ins Haus gebracht wurde. Eine hübsche Formel — allen dort verständlich — für solche Räuberbetätigung hieß: "Er ist in die Berge gegangen, um Heilpflanzen zu suchen." Dann wußte alles, was vor sich ging! Es ist auch bekannt, daß die Chinchusen Nordchinas geradezu militärisch in Ordnung organisierte Räuberbanden aufstellen. Jeder tut eben, was er Lust hat in diesen unkontrollierbaren Weiten, oder er tut das, wofür man ihn etwa bezahlt oder wobei er auf reiche Beute hoffen kann.

Diese verworrenen Zustände hat sich der stets aufmerksame Nachbar Sowjetrussland nun zunehmend gemacht, um den japanischen Truppen überall durch einen wohlorganisierten Bandenkrieg von chinesischen Irregulären aller Art Widerstände im bereits besetzten Gebiet zu erwecken. Die irregulären Banden werden jetzt durch Sowjetoffiziere geführt. Aus einer offiziellen Verlautbarung des japanischen Kommandos in Peking geht hervor, daß von den irregulären Truppen sich zwar im ganzen bereits 98 000 freiwillig ergeben haben, aber es verbleiben in jenem Gebiet noch 60 000 Streitkräfte auf chinesischer Seite, die den japanischen Truppen an den großen Verkehrsstraßen auflauern. Von diesen Männern sind nur 25 000 reguläre Soldaten, 33 000 aber nichts weiter als Banditen. Sie sind sehr schlecht ausgerüstet, während die 25 000, die von der kommunistischen Partei aufgestellt worden sind, schon eine wesentlich bessere Ausrüstung aufweisen.

In den Scharmuzeln, die sich fortwährend im besetzten Gebiet längs der großen Verkehrsstraßen abspielen, sind 4 000 Irreguläre getötet worden einige Hundert wurden zu Gefangenen gemacht. Dagegen haben die Japaner bei diesen kleinen militärischen Operationen nur 20 Tote und 60 Verwundete eingebüßt. Das Bandenwesen und die primitive Ausrüstung scheint also vor der Disziplin und besseren Ausrüstung regelrechter Soldaten ganz stark in Nachteil zu geraten.

Aus anderen Ländern.

Schuldig im Londoner Spionage-Prozeß.

In dem Londoner Landesverrats-Prozeß gegen den Sowjetspion Gladning und drei Angeklagte des englischen Woolwich-Arsenals wurde am Freitag die Beweisaufnahme geschlossen. Alle vier Angeklagten wurden für schuldig befunden und werden nun in einem neuen Verfahren von einer höheren Instanz aburteilt werden.

LASTZUG zertrümmert ein Wohnhaus.

Ein furchtbare Verkehrsunfall ereignete sich in Steinbach bei Lahr. Ein aus zwei Wagen bestehender Lastzug aus Wittenberg/S. fuhr am Wiesensfelderberg mit voller Wucht gegen ein an der Straße gelegenes Wohnhaus. Der Anprall war so heftig, daß das ganze Haus und eine angebaute Scheune einstürzten. Die Bewohner wurden unter den Trümmern begraben. Der Besitzer des Hauses, der Schneidermeister Schuhmann, der mit seiner Schwester im Hause anwesend war, erlitt schwere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus Lahr eingeliefert. Seine Schwester wurde auf der Stelle getötet. Der Fahrer und der Beifahrer des Lastzuges, die auf dem Wege nach Frankfurt am Main begriffen waren, wurden ebenfalls unter den Trümmern begraben. Der Beifahrer wurde schwer verletzt geborgen, der Kraftwagenlenker wurde getötet.

Wasserstand der Weichsel vom 14. Februar 1938.

Kralau + 2,61 (- 2,55), Jawischow + 2,71 (+ 1,75). Warschau + 2,41 (+ 1,58), Błotnica + 1,52 (+ 1,63), Thorn + 1,90 (+ 2,02), Jordanow + 1,98 (+ 2,03), Culm + 1,90 (+ 1,98), Graudenz + 2,13 (+ 2,17), Kurzegrad + 2,27 (+ 2,29), Biedrol + 1,84 + 1,87, Dirschau + 1,94 (+ 1,95), Einlage + 2,86 (+ 2,84), Schlesienhorst + 2,90 (+ 2,94). (In Klammern die Meldung des Vorjahrs.)

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit angesetzt.

Bydgoszcz/Bromberg, 14. Februar.

Zeitweise heiter und trübler.

Die deutschen Weiterstationen künden für unser Gebiet aufbrechende Bewölkung und Frost an.

Rätselhafte Diebstähle.

Im September v. J. bemerkte das Personal des Konfektionsgeschäfts Grzegorzevski, Marsz. Piłsudskiego (Friedrichsplatz) eines Morgens das Fehlen eines Damenmantels, der am Abend zuvor für einen Käufer zurückgelegt worden war. Der Geschäftsinhaber ordnete sofort eine Aufnahme des Warenbestandes an, um festzustellen, ob noch andere Sachen fehlten. Diese Aufnahme hatte ein geradezu sensationelles Ergebnis. Aus dem Geschäft waren auf rätselhafte und auch bis heute noch nicht aufgellärtete Weise nicht weniger als 29 Paar Hosen, 30 Herrenanzüge, 25 Damenmäntel, 20 Herremäntel, vier Schuluniformen, sechs Schülermäntel und zwei Tropfen im Gesamtwert von 3618 Złoty verschwunden. Fast zu gleicher Zeit stellte das Schuhwarengeschäft Jan Bieliński, Danzigerstraße 12 das Fehlen von 137 Paar verschiedenen Art Schuhe im Wert von 2610,80 Złoty fest, die gleichfalls auf rätselhafte Weise verschwunden bzw. gestohlen waren. Zu bemerken ist, daß in beiden Fällen die Schlosser in den Eingangstüren zu beiden Geschäften keine Spur einer Beschädigung aufwiesen.

Die geschädigten Firmen erstatteten von den geheimnisvollen Diebstählen der Polizei Anzeige, die eine energische Untersuchung einleitete. Der Verbaht der Polizei die Diebstähle ausgeführt zu haben bzw. daran beteiligt gewesen zu sein, lenkte sich auf die als Einbrecher bekannten Brüder, den 80jährigen Edmund und den 34jährigen Henryk Kunczyński von denen der ältere bereits zehnmal und der zweite gleichfalls mehrmals vorbestraft ist. Bei einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Untersuchung fand die Polizei mehrere Damen- und Herremäntel, die aus den Besitztümern der Firma Grzegorzevski stammten, sowie 18 Paar Herrenschuhe. Weitere Damen- und Herremäntel wurden bei der Schwester der Brüder & der 28jährigen Stefania und bei der Braut ihres Bruders Edmund, der 25jährigen Maria Dylig, vorgefunden. Die Geschwister & wurden daraufhin in Haft genommen.

Die Brüder Edmund und Henryk & hatten sich jetzt vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Diebstahls zu verantworten. Der Gehlerei mit angeklagt ist Stefania & und die Dylig, sowie der Schwager der Brüder &, der 38jährige Maksymilian Skórcz. Edmund und Henryk & bestreiten die Diebstähle bei Grzegorzevski und Bieliński verübt zu haben. Edmund & gibt an, daß er die in seiner Wohnung von der Polizei vorgefundene Sachen von einem Expedienten, der Firma Grzegorzevski für billiges Geld gekauft habe, die er dann seinem Bruder Henryk, seiner Schwester sowie seiner Braut schenkte. Henryk & will er mehrere Paar Schuhe von einer verheirateten Expedientin des Schuhwarengeschäfts Bieliński geschenkt erhalten haben. Die Untersuchung hat jedoch ergeben, daß Bieliński eine verheiratete Verkäuferin nicht beschäftigt. Stefania &, die Dylig und Skórcz bekennen sich gleichfalls nicht zur Schuld. Die als Zeugen vernommenen beiden Geschäftsinhaber können nicht aussagen, wer als Dieb in Frage käme. Aus den Aussagen des Grzegorzevski geht hervor, daß Edmund & zuerst einem seiner Verkäufer verdächtigt hatte, daß dieser ihm die Sachen gegeben hätte. Dem Personal gegenüberstellte, konnte & keinen der Angestellten als denjenigen bezeichnen von dem er die Sachen erhalten haben will.

Nach Schluß der Beweisaufnahme erkannte das Gericht die Brüder & nicht des Diebstahls sondern der Gehlerei für schuldig und verurteilte den Edmund & zu 1½ Jahren Gefängnis und 200 Złoty Geldstrafe und nach Abführung der Strafe zum Aufenthalt in einer Anstalt für Unverbesserliche. Henryk & erhielt ein Jahr Gefängnis und 100 Złoty Geldstrafe, die beiden weiblichen Mitangeklagten je sechs Monate Gefängnis mit fünfjährigem Strafausschub. Skórcz wurde freigesprochen.

Meldungen in den Postbezirken.

Wie die hiesige Postdirektion mitteilt, wird mit dem 21. d. M. aus dem Postbezirk Weizenhöhe (Bialosławie) die Ortschaft Szamociński Mlyn dem Postbezirk Samotschin (Szamocin) zugewiesen, die Ortschaft Byszewice, die bisher zum Postbezirk Friedheim (Miaszczko) gehörte, kommt zum Bezirk der Postagentur Erpel (Kaczory), das Vorwerk Marynec, das bisher zur Postagentur Zelgniewo gehörte, wird zum Postamt Wissel (Wysoka) zugewiesen.

S tödlicher Sturz von der Treppe. Am Sonntag früh gegen 8 Uhr fand der Portier des Hauses Bahnhofstraße 20 die bereits erkaltete Leiche eines Mannes vor einem Hofgebäude auf dem genannten Grundstück liegen. Die sofort benachrichtigte Polizei stellte fest, daß es sich bei dem Toten um den 48jährigen Schlossermeister Józef Paniewicz handelte. Der Genannte soll lange Jahre hindurch obdach- und arbeitslos gewesen sein und hatte die Erbanhöfe erhalten, in dem Hofgebäude, in dem sich eine Werkstatt befindet, zu schlafen. Wie es heißt, soll Paniewicz in der vorigen Woche Arbeit erhalten haben und aus Freude über diese Tatsache nach dem ersten Zahltag dem Alkohol stark zugeworfen haben. In betrunknem Zustand ist er dann die Treppe, die zu der Werkstatt heraufführte, so unglücklich heruntergestürzt, daß er sich das Genick brach. Nach Aufnahme der nötigen Protokolle durch die Behörden wurde die Leiche nach dem Friedhof an der Chabiner Chaussee gebracht.

S immer wieder unehrliche Hausangestellte. Die Frau E. Papel, Sniadeckich (Elisabethstraße) 43, meldete der Polizei, daß ihr in letzter Zeit eine große Anzahl von Wertgegenständen verschwunden sei. Eine eingeleitete Untersuchung ergab, daß eine Hausangestellte der Genannten die Diebstähle, durch die Frau P. um etwa 400 Złoty geschädigt wurde, verübt hat. Die Diebin wurde festgenommen.

S schwere Jungen, im wahrsten Sinn des Wortes, müssen es gewesen sein, die in der Nacht zum Sonnabend vom Gelände der Eisenbahnwerftstätten nicht weniger als elf Rentner Alteisen gestohlen haben. Die Täter konnten mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

S Ein Einbrechertrio hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts in dem 40jährigen Józef Olszewski, dem 28jährigen Stanisław Świeblerowski und dem 35jährigen Bolesław Grzeszka, alle drei im Kreise Bromberg wohnhaft, zu verantworten. Die Angeklagten, die aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht zur Verhandlung vorgeführt wurden, hatten am 12. November v. J. in Slesin bei dem Landwirt Jan Kowalski einen Wohnungseinbruch verübt. Nach Eindrücken einer Fensterreihe gelangten sie in die Wohnung, aus der sie Garderobe und Fleischwaren im Wert von 1225 Złoty stahlen. Die Beute verstekten sie zuerst in dem Dorf Gliwice im hiesigen Kreise, von wo sie dann nach Suchar weitertransportiert wurde. Die Angeklagten bekennen sich nicht zur Schuld und geben an, daß sie angeblich von Unbekannten den Auftrag erhalten hatten, die Sachen nach dem Dorf Suchar zu schaffen. Die Vernehmung zahlreicher Zeugen in diesem Prozeß erbrachte keine bestimmten Beweise, weshalb das Gericht die Angeklagten nur der Gehlerei für schuldig erkannte und den Olszewski zu zwei Jahren und die übrigen beiden Angeklagten zu je einem Jahr Gefängnis verurteilte. Alle drei Angeklagte sind bereits vorbestraft.

S Fahrraddiebe entwendeten dem Sm. Trójcy (Vilnerstraße) 16 wohnhaften Anton Bartoszek ein Fahrrad im Werte von 120 Złoty. Dem Wacław Wasandowski, Warszawa (Karlsstraße) 6, wurde ebenfalls ein Fahrrad entwendet. — Die Polizeibehörde wendet sich bei dieser Gelegenheit ernst an die Fahrradbesitzer mit der Warnung, ihre Räder nicht in unverantwortlichem Leichtsinn unbeaufsichtigt stehen zu lassen. Trotz der zahlreichen Warnungen beachten die meisten Fahrradbesitzer nicht die Vorsichtsmaßregel, ihre Räder durch Sicherheitsketten und Schlösser vor dem Diebstahl zu bewahren.

Vom fallenden Baumstamm erschlagen.

Auf dem Anwesen des Landwirts Kubak in Nierozewo ereignete sich ein tragischer Unfall mit tödlichem Ausgang. Beim Fällen eines Birnbaums wurde der 40jährige Landarbeiter Jan Patan aus Lissa, Kreis Neutomischel, von dem stürzenden Stamm getroffen. Als man den unglücklichen Mann unter dem Stamm hervorzog, gab er nur noch schwache Lebenszeichen von sich und starb bald darauf.

* Monkowarz (Małkowarz), 18. Februar. Im Alter von 97 Jahren starb der älteste Bürger von Monkowarz Jan Mroziniski, ein Veteran von 1866 und 1870/71. Er war 20 Jahre Gemeindenvorsteher. — Bei der Schulzenwahl wurde Propsteipächter F. Wrziski wiedergewählt.

S Posen (Poznań), 18. Februar. Das hiesige Appellationsgericht verurteilte unter Aufhebung des freisprechenden Urteils des hiesigen Bezirksgerichts einen Jan Bachorę von hier wegen Betrugs und Meineids zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, einen Anton Teodorczyk aus Goleniow zu zehn Monaten und eine Maria Janicza aus Posen zu sechs Monaten Gefängnis, alle drei unter Anrech-

nung der Untersuchungshaft. Die Verurteilten hatten die betrügerischen Manipulationen gegen den 1930 aus Amerika nach Posen gekommenen Anton Magielka verübt, um ihn um seine mitgebrachte Dollar-Barschaft zu prellen und Bachorę hatte in den sich daran knüpfenden Prozessen außerdem einen Meineid geleistet. Bei dem Betrug handelte es sich um einen Betrag von 8000 Złoty bzw. um Schwindel mit einer singierten Hypothek.

S Samotschin (Szamocin), 14. Februar. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, eine kurzfristige Anleihe in Höhe von 5000 Złoty, welche zur Regulierung der laufenden Verbindlichkeiten dienen soll, aufzunehmen. Für eine 20000 Złoty-Anleihe zum Ausbau des Krankenhauses fand sich eine Mehrheit von 10:1 Stimmen. Das Budget für 1938/39 wurde mit kleinen Veränderungen angenommen. Das Administrationsbudget erreicht die Höhe von 50 625 Złoty, das Marktbudget 2541 Złoty, Schlachthausbudget 12 200 Złoty, das Elektrizitätsbudget 21 500 Złoty, das Krankenhausbudget 39 000 Złoty. Die Protokolle der Revisionskommission wurden genehmigt. Das Schlachthausstatut wurde dahin geändert, daß die Besitzer des Viehs bei Hausschlachtungen im Schlachthaus anwesend sein können. Die Gebühr für Entnahme von Wasser aus den städtischen Pumpen soll in Zukunft betragen: 2 Złoty für einen Privathaushalt, 4 Złoty für landwirtschaftliche Betriebe, 6 Złoty für gewerbliche Betriebe (wie Bäder und Fleischer). Die Gebühr ist vom Hausbesitzer zu zahlen. Einige Interpellationen beendeten die Sitzung.

Der letzte Vieh- und Pferdemarkt brachte einen Rekordauftrieb von Pferden, ca. 280 Stück, sowie ca. 250 Stück Rindvieh. Trotz des großen Auftriebs wurden für Pferde hohe Preise verlangt, wodurch die Umsätze sich nicht entsprechend entwickeln konnten. Lebhafte Umsätze waren auf dem Viehmarkt festzustellen, sowie ein Mangel an besseren Qualitäten.

Ein Konzert zum Besten der Arbeitslosen wurde durch eine zusammengestellte Musikliebhaber-Kapelle in der "Konkordia" gegeben, mit nachfolgendem Tanz. Die zahlreichen Besucher konnten einen genügenden Abend erleben und quittierten die Darbietungen mit Beifall.

S Schrimm (Srem), 13. Februar. Der Posener Wojewode Maruszevski hielt hier im Zusammenhang mit den Arbeiten für den Schuhwall an der Warthe, um die Stadt gegen Überschwemmungen zu schützen, eine Konferenz ab. Darauf setzte er seine Reise nach Gostyn und Lissa fort, wo er von den städtischen Behörden über die wirtschaftliche Lage der Kreise und über die Arbeitslosigkeit informiert wurde.

S Wreschen (Wrzeźnia), 11. Februar. In der Wohnung des Fleischers Kosma in Marzenin hatten sich vier Männer versammelt, um Karten zu spielen. Dabei kam es zu einem Streit. Grajñt verließ Maćkowiaś die Gesellschaft, ging in seine Wohnung, nahm einen Revolver und kam vor das Fenster Kosmaloś, wo er die anderen Kartenspieler bedrohte. Als diese ängstlich aus der Wohnung liefen, gab Maćkowiaś vier Schüsse auf sie ab. Durch einen Schuß wurde der 22jährige Józef Jaworski im linken Oberarm getroffen. Sein Zustand ist nicht lebensgefährlich.

trogenen gewesen sei, daß er überhaupt den Krieg nicht gewollt habe... Ob Wahrheit oder „Geschichtskorrektur“, es war zu spät...

Der ersten Begegnung folgt bald eine zweite. Suchomlinow kam nach Berlin und saß dem Verleger an dessen Schreibtisch gegenüber. Hier hatte er noch weniger von dem einstigen Nimbus. Man fand sich in eine Vereinbarung, die dem alten Herrn für einige Zeit die Fristung des Lebens versprechen sollte.

Am andern Tage aber geschah das Denkwürdigste an dieser Begegnung. Ein anderer Besucher wurde gemeldet, auf dessen Karte stand: „Oberst a. D. von Eggeling“. Und dann saß auf dem gleichen Stuhl, auf dem General Suchomlinow, sein kleingewordener großer Gegenspieler von damals im Kriegsministerium an der Neva, gesessen hatte, der frühere deutsche Militärattaché, der Mann, der jene verhängnisvolle Stunde mit Suchomlinow erlebt hatte. Sein Gegenüber aber sah ihn an und dachte, wie es wohl gewesen wäre, wenn jener gestern, 24 Stunden früher, in dies Zimmer getreten wäre. Dann hätten hier, neun Jahre nach den Petersburger Schicksalstagen, General Suchomlinow und Oberst von Eggeling einander zum erstenmal wieder gegenübergestanden, und ein Kreis hätte sich geschlossen über einen Raum hin, der die Erlebnisseum von Jahrhunderten umspannte. Der Flügelschlag des großen Geheimnisses, das Geschichte heißt, streifte dieses Zimmer.

Ein Ende im Elend.

Der frühere Militärattaché hatte begreiflicherweise nicht viel im Sinn mit dem früheren Kriegsminister. Denn jene Lüge für Russland war ihm beispielhaft für das Wesen des Mannes, an dessen Ehrlichkeit er nicht mehr glauben konnte. Schließlich kam es auch zu seinem Vertrag. Ein anderer Verlag übernahm das Buch. Es brachte seinem Verfasser eine Summe Geldes, die ihn eine Zeitlang über Wasser hielt. Dann aber zerbrach auch der letzte äußere Schein einer bürgerlichen Existenz. Es ging schnell bergab mit Suchomlinow. Er verschwand aus dem Kreis derer, mit denen er in diesen Jahren in Berlin Umgang gehabt hatte. Man hörte nichts mehr von ihm, man hörte erst wieder von dem Toten. Ein Mitleidiger hatte ihn in sein Landhaus im Berliner Vorort Wandlitzsee genommen. Der alte Suchomlinow hatte die Villa „verwaltet“; in Wirklichkeit war er der Pförtner des Hauses, das ihm als Entgelt eine leste Zuflucht bot. Das große Leben, das aus einer altdänigen Familie des Barenrecks herauß, das aus der Zeit Alexander II. über Kadettenkorps, Frontdienst, Generalstab, Kriegerkrieg und alle Stufen einer ungewöhnlich glanzvollen, militärischen Laufbahn an den Barenhof, an die Spitze der Armee, dann durch die Niederlage hindurch in die Peter-Pauls-Hölle, fast an den Galgen und schließlich ins bittere Los der Emigration geführt hatte, endete im märkischen Dörfern Wandlitz im Elend. Die Überreste des zaristischen Generals W. A. Suchomlinow ruhen auf dem Emigrantenfriedhof von Tegel.

Chef-Medakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land u. den übrigen unpolitischen Bereich: Marian Sopke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Sohn, sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage "Der Hausfreund"

Bydgoszcz | Bromberg, Dienstag, 15. Februar 1938.

Pommerellen.

14. Februar.

Grenzschiebung infolge Viehseuchengefahr.

Aus Anlaß des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche im Kreis Rosenberg (Ostpreußen) haben die Verwaltungsbehörden die polnisch-deutsche Grenze mit Ostpreußen an den Kreisen Dirschau, Schlesien, Graudenz, Soldau und Löbau gesperrt.

Geschlossen wurde der gesamte Personenverkehr mit Ausnahme des Eisenbahnverkehrs und derjenigen Reisenden, die einen Dienst oder Diplomaten-Post besitzen. Ferner wurde auch der deutsche Transitverkehr der lebendes Vieh, Futter und Streu befördernden mechanischen Gefähre gesperrt. Die Verordnung ist am 10. d. M. in Kraft getreten. An die im Grenzstreifen wohnende Bevölkerung wird behördlicherseits zur genauen Befolgung der zwecks Verhinderung des Übergreifens der Maul- und Klauenseuche erlassenen Bestimmungen appelliert.

Graudenz (Grudziadz)

X Submission. Vor der Stadtverwaltung ist die Außfuhr von Baumaterialien für die städtischen Werke (Gasanstalt, Elektrizitätswerk, Wasserleitung und Straßenbahn) zur Vergabeung ausgeschrieben worden. Oferren sind in versiegelten Umschlägen, welche die Aufschrift „Oferta na zwóle materialów opałowych“ tragen müssen, bis zum 20. d. M. 12 Uhr, bei der Verwaltung der städtischen Werke, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 38, einzureichen. Oferrenmuiter sind dort zu erhalten, ebenso die Bedingungen zu erfahren. Den Oferren ist eine Quittung der Stadthauptkasse über eine dort eingezahlte Bürgschaft von 500 Zloty beizufügen. Die Auswahl unter den Bewerber bleibt vorbehalten. *

X Eine wohlverdiente Ehrung erwies am Sonnabend voriger Woche die „Liedertafel“ ihren langjährigen Angehörigen und seit dem 75-Jahr-Jubiläum dieses Vereins im vorigen Jahr auch Ehrenmitglied Schneidermeister Hermann Jachdach dadurch, daß vier Herren vom Vorstand mit dem 1. Vorsitzenden Kaufmann Franz Welte an der Spitze anlässlich des 80. Geburtstages des Genannten sich zu ihm begaben und mit herzlichen Glückwünschen ein prächtiges Blumenangebinde überreichten. Zu gleicher Zeit war auch Pfarrer Dieball bei dem hochbelagten Geburtstagskinde erschienen, um ebenfalls seine Glückwünsche zu überbringen.

X Städtischer Teerverkauf. Die Stadtverwaltung (städtische Werke) gibt bekannt, daß sie 150 Tonnen Gasteer im ganzen oder teilweise bei Abnahme in eigenen Zisternen oder Fässern abzugeben hat. Oferren sind in versiegelten, mit der Aufschrift „Oferta na zwóle“ versehenen Umschlägen bis zum 20. Februar d. J. 12 Uhr, bei der Verwaltung der städtischen Werke, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 38, einzureichen. Die Bedingungen der Zahlung und Abnahme müssen in den Bewerbungen angegeben sein. Vorbehalten bleiben die Auswahl unter den Kandidaten, die Verteilung des zu verkauften Teers unter mehrere Bewerber bzw. die Anerachtlassung aller Oferren. *

X Eine Kontrolle der Tätigkeit des Grudzianer Arbeitslosen-Winterhilfskomitees fand am Dienstag durch die wojewodschaftliche Winterhilfskommission aus Thorn statt. Bestätigt wurde, daß laut Eintragungen im Kassen- und Materialbuch für November bis Januar die Einnahmen 11 853,49 und die Ausgaben 69 480,78 Zloty. Alle Baumjäze führt die Stadthauptkasse durch, die auf der Schulden- und Gläubigerrechnung mit einem Kredit von 21 883,48 Zloty figuriert. Die eigenen Einnahmen betragen im Dezember v. J. 27 033,29, im Januar 10 878,48 Zloty. An Produkten erhielt das Komitee: von der Bürgerschaft 6951,40, von der Stadtverwaltung 1151,12, an Reimantente des Ortskomitees 5955,70, vom Woiwodschaftskomitee 17 755,75, zusammen 31 818,97 Zloty. Die Prüfungskommission stellte die Übereinstimmung der Bücher-eintragungen mit den vorgelegten Beweisen fest. *

X Der freche Straftat, der sich am 15. Januar d. J., abends 7 Uhr, in der Kalinerstraße (Kalinowska) zutrug, kam jetzt zur gerichtlichen Aburteilung. Zwei herumlungende Burschen, Edmund Gojtracti, wohlauf in einer der Baracken in Börsershöhe (Strzemiecin), und Stefan Gruda, Laskerstraße (Pustkowie), waren es, die der Frau Lucia Nowakowska, Kalinerstraße 20, als sie von einer Besorgung auf dem Nachhauseweg begriffen war, ihre Ledernen Handtasche mit 225 Zloty Gelddinthal entrißten, mit dieser Beute nach der Weichsel zu flüchten und zunächst entkommen. Der Polizei gelang aber bald die Festnahme der Täter. Vor Gericht ergab es sich, daß die Angeklagten seit längerer Zeit bereits einen solchen Raub geplant hatten. Das Urteil lautete gegen sie auf je sechs Monate Gefängnis. *

X Der Sonnabend-Wochenmarkt war mäßig beschickt; auch der Verkehr ließ zu wünschen übrig. Die Butter kostete 1,30–1,40, Molkereibutter 1,80, Eier 1,15–1,30, Weißfleisch 0,10–0,50; Apfel 0,20–0,60, Weißkohl 0,08–0,10, Kartoffel 1,10–0,15, Rosenkohl 0,25–0,30, Spinat 0,40, Mohrrüben 0,15, Erbsen 0,20–0,25, Bohnen 0,20–0,25, Kartoffeln 2,00–2,50, das Pfund 0,03, Hühner 2,00–4,00, Enten 2,80–4,00, Puten 4,00–6,00, Gänse Pfund 0,65, Tauben Paar 0,80; Bander 1,60; Süßwachs 1,60, Hefthe 0,80–1,00, Schleie 0,80–0,90, Bressen 0,70–0,80, Neumougen 0,70 Zloty. *

Gelingene Betrugsmöglichkeit.

Freitag mittag ließ sich eine vornehm gekleidete Dame im Weißwarengeschäft der Firma W. Grunert, ul. Szeroka (Brettestraße) 32, verschiedene Stoffe zeigen. Von den ihr zur Auswahl vorgelegten Stoffen wählte sie 7 Meter lachsfarbigen Satin aus, wobei sie sich noch eine kleine Probe eines anderen Stoffes geben ließ. Nachdem die Ware abgeschnitten und verpackt war, bat sie, als Frau Ingenieur Jaroszynska, sich auszugeben, die selbe in ihre Wohnung in der ul. Mickiewicza (Mellienstraße) 5 zu schicken, wo auch die Regulierung der Rechnung erfolgen sollte. Als hierauf der Laufbürothe der Firma das bezeichnete Haus aufsuchte, stieg er bereits auf der Treppe auf die „Frau Ingenieur“. Die Kundin nahm sogleich das Paket in Empfang und bat den Boten, indem sie ihm die kleine Stoffprobe überreichte, noch um Lieferung weiterer 4 Meter. Der Bote holte das Verlangte und begab sich damit nach der Mellienstraße 5

zurück, wo er auch ein Schild mit der Aufschrift „Ing. Jaroszynska“ vorsah. Jedoch zu seinem größten Erstaunen mußte er von der richtigen Frau Jaroszynska erfahren, daß sie das Geschäft der Firma Grunert überhaupt nicht betreten hatte. Der verschwendete Stoff hatte einen Wert von 42,70 Zloty. Der Geschädigte meldete den Vorfall der Polizei, die nun bemüht ist, die abgefeimte Beträgerin ausfindig zu machen. — Obiger Fall sollte allen Kaufleuten eine Warnung sein, im Verkehr mit ihnen unbekannter Kundschafft die größte Vorsicht walten zu lassen.

Die Inhaberin der Waschanstalt in der ul. Prosta (Gelehrtenstraße) 33, F. Matajowa, meldete der Polizei, daß ihr von einer unbekannten Frauensperson Wäsche im Wert von etwa 100 Zloty abgeschwindet wurde.

Thorn (Toruń)

v Von der Weichsel. Der Wasserstand betrug Sonnabend früh, gegen den Vorstag um einen Zentimeter angehoben, 2,2 Meter über Normal. — Der Personen- und Güterdampfer „Soniuki“ machte auf der Talfahrt von Bartkau nach Danzig im Weichselhafen Station. Der Schleppdampfer „Spółwista“ mit drei leeren Kahnern machte sich auf den Weg nach Gdingen.

v Fleisch und Brot billiger! Die Stadtverwaltung hat auf Grund der Verordnung des Wojewoden vom 14. Januar 1938 sowie nach Anhören der Preisprüfungskommission für die nachstehend genannten Artikel neue Höchstpreise wie folgt festgesetzt: frischer und gesalzener Speck 1,60, Bendenstück roh 1,30, Bendenstück geräuchert 1,60, Schweineleber 1,20, Kopf und Füße 0,40, frischer Schinken 1,40, Eisbein 1,10, dicke Rippen 1,30, dünne Rippen 0,70, Rindfleisch ohne 20prozentige Knochenbeilage 1,40, gewöhnliche Wurst 1,30, Knoblauchwurst erste Sorte 1,20, zweite Sorte 1,00, Leberwurst 0,90–1,30, Grützwurst 0,40–1,00. Diese Preise verstehen sich für je ein Kilogramm. — Roggenbrot aus 65prozentigem Beutelmehl 0,33, Roggenbrot 30–65proz. 0,31, Schrotbrot 9proz. 0,28, eine Wassersemme 0,05. — Außerdem wurden mit den Vertretern der Thorner Fleischerinnung die Preise für nachstehende Artikel vereinbart: Kotelett 1,40, Jagdwurst 1,80, Pastetenleberwurst 1,90, gekochter Schinken ohne Knochen 3,00, Schmalz 2,20. Diese Preise verpflichten im Bereich Thorns ab 14. Februar ***

v Minderjähriger Dieb wandert in die Erziehungsanstalt. Vor dem Bürgeramt Thorn hatte sich ein trocken jugendlichen Jahre schon mehrfach bestrafster Minderjähriger in dem 18-jährigen Leon Ciesielski wegen eines neuverliehenen Eigentumvergehens zu verantworten. Der Angeklagte schlich sich an einem Markttag an einen Wagen und entwendete davon ein Paket, das Kuchenformen und Kohlenbehälter enthielt. Sofort nach Verübung des Diebstahls begab er sich zu der Inhaberin des Kolonialwarengeschäfts in der ul. Pod Dwoma Góra (Schloßstraße), Zofia Nowakowska, die, obwohl sie von dem unechtmäßigen Erwerb des Sachen wußte, einen Teil davon für 6 Zloty kaufte. Die Händlerin mußte natürlich gleichfalls auf der Anklagebank Platz nehmen. Nach durchgeföhrter Verhandlung verurteilte das Gericht den unverhinderlichen Leon Ciesielski zur Unterbringung in einer Erziehungsanstalt. Gegen die wegen des gleichen Delikts schon fünfmal bestrafte Nowakowska wurde auf 1 Jahr Gefängnis und 100 Zloty Geldstrafe erkannt. ***

Diebstahlschronik. Aus der verschlossenen Waschküche des Hauses ul. Bartosza Głowackiego (Rayonstraße) 32 wurde zum Schaden von Franciszek Orłowski Wäsche im Werte von annähernd 100 Zloty gestohlen. — Dem Stanisław Ciępiałowski, ul. Bielańska (Weihhäuserstraße) 4/6, entwendete man aus einem Stall für etwa den gleichen Betrag verschiedenes Schlosserwerkzeug. — Auf dem Wochenmarkt am Freitag, auf der Neustadt, wurde der in Koronowo, Kreis Eulm, wohnhaften Kazimiera Wróblewski die Geldbörse mit 14,70 Zloty gestohlen. ***

Fahrraddiebstahl. Aus der Garage des Hauses ul. Wyżłowskiego 18 verschwand dem Cyprian Tomeczak ein Herrenfahrrad, das einen Wert von 120 Zloty besitzt. ***

Ronitz (Chojnice)

r Glück gehabt hat ein gewisser Tierek in Czerst, der leidens bei einer Einzahlung auf dem dortigen Postamt in angehettetem Zustand seine Brieftasche mit 200 Zloty Inhalt liegenlassen hatte. Mittlerweile wurde die Brieftasche von der Mühlenteiterin Frau Weinmann gefunden, welche diese auf der Polizei abgab. Freudestrahlend wurde sie von dem schnell nüchtern gewordenen Verlierer in Empfang genommen. +

r Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen. Vor kurzem fand hier bereits eine gemeinsame Versammlung der Arbeiterorganisationen aller Richtungen zwecks Zusammenschluß statt, welche ergebnislos verlief. Nunmehr fand am 9. Februar wieder eine Sitzung von Vertretern sämtlicher Organisationen statt, bei der es zur Verständigung kam. Sämtliche Organisationen vereinigten sich zu einer Arbeiterfront, welche den Arbeitern und Arbeitslosen bessere Verhältnisse schaffen will. Gleichzeitig wurde auf die kommenden Stadtverordneten-Wahlen hingewiesen, bei denen die Arbeiterschaft geschlossen auftreten will. +

Dirschau (Tczew)

d de 87. Stiftungsfest des Männergesangvereins. Zu einem erfreulichen Erfolg wurde das im großen Saal der Stadthalle veranstaltete 87. Stiftungsfest, das unter dem Motto: „Heut' woll'n wir lustig sein“, stand. Die ca. 600 Besucher aus Stadt und Land wurden durch das mit viel Mühe und großer Sorgfalt in der Haupthalle durch Chormeister Herbert Kuhlmann ausgewählte Programm gut unterhalten. Vor der Eröffnung der Programmfolge nahm der Vorsitzende des Vereins Lehrer i. R. Emil Simon das Wort zu herzlicher Begrüßung. Es folgte ein Vorspruch von Frau Hilde Kuhlmann, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Darbietung „Heut' woll'n wir

lustig sein“, gesungen von einem Männerquartett, versetzte in fröhlichste Stimmung. Den Ansager und Humoristen stellte Willi Schlarpy dar, der den Zuhörern immer wieder Lachsalven entlockte. Reichen Applaus erntete sodann der Männerchor mit den beiden Stücken „An der schönen blauen Donau“ und „Schön blühn die Heckenrosen“, sowie der folgende Holzschuhmarsch, aus der Operette „Bar und Zimmermann“, von vier Sängerinnen getanzt. Sehr gefiel der Danziger Tenor Willi Buske mit dem Lied „Ich bin nur ein armer Wandergesell“ aus der Operette „Vetter aus Dingsda“ und mit dem Schlager „Mach die Augen zu und träum“ mit mir von Liebe“. Ein gemischtes Quartett brachte „Ich tanze mit dir in den Himmel hinein“ zu Gehör. Den größten Beifall des Abends erhielt Frau Hilde Kuhlmann mit ihren humoristischen Vorträgen in ostpreußischer Mundart und die „Drei Podlizer“ mit ihrem Vocalgesang, in dem sie manche Begebenheiten unserer Stadt bewangen. Nach einem lustigen Dressurakt trat dann der Gemischte Chor auf, der unter musikalischer Begleitung einer Danziger Kapelle mit Konzertmeister Schewe als großen, gesanglichen Erfolg eine Auszugssfolge aus der Operette „Der Vogelhändler“ zu Gehör brachte, in der Tenor Buske und Sopran Christel Pippich die Solopartien sangen. Als Abschluß sangen der Chor und die Teilnehmer gemeinsam die Devise des Abends „Heut' woll'n wir lustig sein“, mit der auch sofort der Tanz begann und der alle bis in die frühen Morgenstunden in fröhlichem Gemeinschaftsgeist zusammenhielten.

***** Culmsee (Chelmża), 18. Februar. Ein Schaufender diebstahl wurde zum Schaden der Frau Felicia Wasik in der ul. Toruńska (Thornerstraße) 9 verübt. Gestohlen wurden drei Stücke Anzugstoff im Gesamtwert von 280 Zloty.

Br Gdingen (Gdynia), 18. Februar. Die beiden auf der Danziger Werft erbauten Frachtdampfer „Bielis“ und „Łódź“, die speziell für Baumwolltransporte bestimmt sind, werden in den nächsten Tagen im Gdingener Hafen eintreffen. Jeder Dampfer hat eine Tragfähigkeit von 4600 Tonnen. Außerdem sind Kabinen für zwölf Passagiere vorhanden.

Br Neustadt (Wejherowo), 18. Februar. Der Postbote Sylvester Zieliński, der bei dem Hausbesitzer Jan Brauer wohnte, hatte sich eine andere Wohnung gemietet und bat den Postboten Teofil Rogocki und den Eisenbahner Bernhard Mieschke ihm beim Umzug behilflich zu sein. Als die drei die Wohnung räumten, kam der Hauswirt hinzu und verlangte, da der Mieter nicht gekündigt hatte, die Zahlung der Miete für einen Monat. Da der frühere Mieter behauptete, nichts schuldig zu sein, ergriff der Wirt einen dem Zieliński gehörenden Rundfunkapparat und wollte diesen als Pfand zurück behalten. Nun entstand ein gewaltiger Streit und da der Apparat nicht zurückgegeben wurde, zog der Postbote eine Pistole und drohte damit seinem Gegner. Als die Drohung nichts ausrichtete, ergriff der Beamte einen Hammer und bearbeitete damit den Haus-eigentümer. Hierbei hassen die beiden anderen tatkräftig mit, indem sie den Angegriffenen mit Fäusten und Füßen schlugen. Als der Verprügelte sich nicht mehr wehren konnte, schlepppten ihn die drei in die leere Wohnung und schlossen die Tür von außen ab. Der entsetzlich Zugerichtete mußte, als er zur Besinnung kam, einen Arzt in Anspruch nehmen und lag drei Wochen krank zu Bett. Die drei Täter hatten sich jetzt für diese Tat vor der Strafkammer zu verantworten. Zieliński erhielt sechs Monate Gefängnis ohne Aufschub und zwanzig Zloty Geldstrafe. Rogocki und Mieschke wurden zu je sechs Monaten Gefängnis mit einer Bewährungsfrist von zwei Jahren verurteilt.

p Neustadt (Wejherowo), 12. Februar. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Eier 1,20–1,40, Butter 1,20 bis 1,40, Kartoffeln 2,20–2,50 Zloty. Auf dem Schweinemarkt wurden für Herkel per Stück 18–20 Zloty gezahlt.

h Neumark (Nowemiasto), 11. Februar. Am Mittwoch, 16. d. M., findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Als der General a. D. Warakiewicz mit seinem Kutscher mittels Fuhrwerk die Kościuszkostraße passierten, schaute plötzlich ein Pferd und ging durch. An einer Straßenecke stürzte das Fuhrwerk um und beide Insassen fielen auf das Straßengrund, glücklicherweise ohne sich größeren Schaden anzutun. Erst in der Nähe der Restauraktion Stanowski gelang es einem Arbeiter das Pferd anzuhalten.

f Strasburg (Brodnica), 18. Februar. Einen heiteren Vortragsabend veranstaltete die Ortsgruppe Strasburg der Deutschen Vereinigung, zu dem die Volksgenossen zahlreich erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßung ergriff Bg. Reissert-Posen das Wort. Er verstand es, mit den Worten deutscher Humoristen die Gemüter aufzuhelleren und bei den Zuhörern die

Thorn.

Um die Gipfel der Welt

Lichtbildervortrag von Prof. Dr. G. O. Dyrnfurth Leiter der Internationalen Himalaya-Expeditionen 1920 und 1934.

Träger der Olympischen Goldenen Medaille 1936
Am Dienstag, dem 22. 2., um 20 Uhr in der Aula der Goetheschule Graudenz, Eintrittskarten zu 1,50, 1.–, 0,50 zł in der Buchhandlung A. Kriede und an der Abendkasse. Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für kulturelle Veranstaltungen.

Am Mittwoch, dem 23. 2., um 20 Uhr in der Deutschen Bühne Bromberg. Eintrittskarten zu 1,50, 1.–, 0,50 zł in der Buchh. E. Hecht Nach. und an der Abendkasse. Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft.

Am Donnerstag, dem 24. 2., um 20 Uhr, im Deutschen Heim, Thorn. Eintrittskarten zu 1,50, 1.–, 0,50 zł. — Veranstalter: Copernicus-Verein für Kunst und Wissenschaft.

Baumschnitt Briefordner, Geschäftsbücher, Bürobedarf führt sachgemäß aus. Justus Wallis Schreibwarenhaus H. Wedmüller, Görl.

8842

Ein bemerkenswerter Prozeß.

Eine Anklage, in die jeder leicht kommen kann.

Bydgoszcz/Bromberg, 12. Februar.

Vor dem Einzelrichter des hiesigen Burggerichts fand ein für das hiesige Deutschland bemerkenswerter Prozeß statt. Zu verantworten hatte sich Klempnermeister Otto Niefeldt und Ingenieur Herbert Zimmerman.

Den Angeklagten wird Vergehen aus Art. 255 und Art. 11 Paragraph 2 des Str.-Ges.-B. (Verunglimpfung von Behörden) zur Last gelegt.

Danach soll Niefeldt am 17. August v. J. in einer Unterhaltung mit dem 42jährigen Arbeiter Fritz Wichmann an behauptet haben, die Richter des Höchsten Gerichts in Warschau werden dem Arbeiter niemals Recht geben und es eher zulassen, daß der Arbeiter sich ruiniert, als daß sie die Fabrik schädigen sollten. Durch diese Äußerung hatte Niefeldt die Richter des Höchsten Gerichts in Warschau als einseitig hingestellt und sie in der öffentlichen Meinung herabgesetzt.

Ing. Zimmerman ist angeklagt, daß er am 12. November v. J. sich gleichfalls gegenüber Wichmann über das hiesige Arbeitsgericht nachteilig ausgesprochen haben soll.

Die Vernehmung.

Niefeldt verneint die Schuldfrage und weist entschieden die ihm von Wichmann unterstellten Äußerung zurück. Das ganze betrachtet er als einen Nachdruck Wichmanns. Wichmann sei an ihn, den Angeklagten, mit der Bitte herangetreten, ihm bei der Erlangung einer Lohnforderung, die er gegen die Firma Zimmerman gestellt hatte, behilflich zu sein. Zuerst war Niefeldt auch nicht abgeneigt Wichmann zu helfen. Nachdem er sich jedoch davon überzeugt hatte, daß die Lohnforderung unberechtigt sei, habe er abgelehnt und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er mit dieser Sache nicht durchkommen werde. Bei dieser Gelegenheit erzählte Niefeldt dem Wichmann von einem Prozeß, den ein Direktor gegen seine Firma wegen einer Forderung in Höhe von einer halben Million Zloty angestrengt hatte und der auch in der ersten und zweiten Instanz zu seinen Gunsten entschieden worden war. Vor dem Höchsten Gericht in Warschau verlor jedoch der Kläger diesen Prozeß mit der Begründung, daß es gegen die guten Sitten verstößen würde, wenn man dem Kläger auf einmal eine solch hohe Summe auszahle, und dadurch den Arbeiter schädigen müßte. Otto Niefeldt betont, daß Wichmann entweder seine Worte bemüht falsch verstanden oder sie in gehässiger Weise verdreht habe.

Der Angeklagte Zimmerman fühlt sich ebenfalls nicht schuldig. Wichmann habe von ihm, nachdem er selbst gefündigt hätte, eine Lohnnachzahlung von 1000 Zloty verlangt. Er habe dies abgelehnt, worauf Wichmann mit einer Klage drohte. Ingenieur Zimmerman erwähnte dabei einen Fall, in dem ein Arbeiter einer hiesigen Fabrik eine ähnliche Klage beim Arbeitsgericht eingereicht und diese verloren hatte. Einen gütlichen Vergleich, den er vorschlug, lehnte Wichmann ab.

Nach Vernehmung der beiden Angeklagten wird als erster Zeuge Wichmann vom Gericht vernommen. Die Aussagen dieses Zeugen nahmen stellenweise eine gehässige Form an. Der Zeuge sagt aus, daß er bei Zimmerman zwei Jahre beschäftigt war und einen Stundenlohn von zunächst 80, später 40 Groschen erhielt. Seinen wiederholten Bitten um Lohnherhöhung wurde nicht stattgegeben. Am 10. Juli v. J. erklärte Zimmerman, daß er mit „solchen Knechten“ nicht arbeiten werde und drohte ihm zu kündigen. W. wandte sich darauf an Niefeldt, um sich mit ihm zu beraten. N. riet ihm zunächst, gegen Zimmerman eine Klage einzureichen, in der Annahme, daß die von W. gegebenen Darstellungen wirklich wahr seien. In dieser Zeit verreiste N. Der Zeuge suchte deshalb den Sekretär des Polnischen Arbeiterverbandes und Stadtverordneten Faustyniak auf, dem er seinen Streit mit W. schilderte. Faustyniak reichte dann auch die Klage ein. Als N. nach seiner Rückkehr von der Klage erfuhr, ließ er W. zu sich rufen und erkundigte sich bei ihm, ob er einem roten Verband angehöre, da er in solch einem Falle mit ihm nichts mehr zu tun haben wollte.

Dieses Gespräch habe der Zeuge dann Faustyniak mitgeteilt, der ein Protokoll aufnahm und in die Maschine diktierte. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung verschonte der Zeuge auch den in Bromberg allgemein geschätzten Dr. Staemmler nicht mit Verdächtigungen. Weiter geht aus seinen Aussagen hervor, daß er bei Faustyniak zwei Protokolle unterschrieben habe, jedoch sei nur eines ihm überreicht worden. Manche Sätze dieser Protokolle sind der sprechendste Beweis für die höchst merkwürdige Gesinnung dieses Zeugen.

Diese Protokolle wurden von Faustyniak mit einem persönlichen Schreiben an die Staroste weitergegeben. Faustyniak hebt in diesem Schreiben hervor, daß es „kein Wunder sei, wenn die polnischen mit den deutschen Unternehmungen nicht konkurrieren können, bei den niedrigen Lohnjahren, die diese Firmen ihren Arbeitern zahlen“ (1).

Faustyniak sagt aus, daß Wichmann und andere Arbeiter der Firma Zimmerman ihn aufgeföhrt und sich darüber beklagt hätten, daß diese Firma einen sehr niedrigen Stundenlohn zahle. Bei Abschaffung des Protokolls habe er Wichmann wiederholt gefragt, ob seine Angaben auf Wahrheit beruhen. (Warum keine persönliche Anfrage bei der Firma? D. R.) Aus der weiteren Verhandlung geht hervor, daß Faustyniak mehrere Protokolle aufgenommen hatte, für die er ausreichende Erklärungen gibt.

Ein von Rechtsanwalt Breitkopf, dem Verteidiger beider Angeklagten, eingebrachter Antrag auf Ladung weiterer Zeugen, die über die Glaubwürdigkeit des Wichmann aussagen sollten, wurde vom Gericht abgelehnt.

Der öffentliche Ankläger hält die Anklage aufrecht und beantragte Bestrafung der Angeklagten.

Rechtsanwalt Breitkopf plädierte auf Freispruch und führte aus, daß Wichmann die zwischen ihm und den Angeklagten geführten Gespräche in wahrheitswidriger Weise verdrängt habe.

Niefeldt weist in seinem letzten Wort nochmals darauf hin, daß es sich bei Wichmann um einen Nachdruck handelt. Gerade Wichmann sei wiederholt in Notlage mit Unterstützung geholfen worden. Auch er, Niefeldt, habe dem Wichmann wiederholt persönlich mit Geldbeträgen ausgeholfen. Wenn Wichmann aus „Dankbarkeit“ dafür ihm jetzt Worte in den Mund lege, die er nicht gesagt

König Karls Militärdiktatur.

Der neue Umschwung im rumänischen Kräftespiel.

Rumänien ist über Nacht unter einem neuen Kabinett aufgewacht. Das vierte im Zeitraum von vier Monaten, das zweite, das wie sein Vorgänger, die christlich-nationalen Regierung Goga, alle Anzeichen eines grundlegenden Kurs- und Systemwechsels trägt. König Karl hat eine Regierung verantwortungsvoller Persönlichkeiten berufen, der sieben ehemalige Minister angehören. Sein Auftrag an das rumänische Volk kommt mit der Einführung des Belagerungszustandes und der Vertagung der vorgezogenen Parlamentswahl auf unbestimmte Zeit der Bekündung einer zumindest für eine Übergangszeit gedachten autoritativen Staatsführung durch das außerordentliche Kabinett unter dem Patriarchen der national-rumänischen orthodoxen Kirche Miron Cristea.

Die außergewöhnlichen Maßnahmen der neuen regierenden Männer weisen auf außergewöhnliche Umstände hin. Schlagartig und für die schwerfällige politische Maschinerie des parlamentarischen Lebens in Rumänien mit überraschender Schnelligkeit und in ungewohnter Zahl fielen die Dekrete von weittragender Bedeutung wie ein Blitz aus heiterem Himmel auf große Teile der Bevölkerung. Das läßt auf ernste Verhandlungen zwischen dem König und den im neuen Kabinett vereinigten Parteiführern schließen. Was für König Karl's autoritären Entschluß lehnt Endes ausschlaggebend gewesen ist, läßt sich schwer sagen. Vielleicht außenpolitische Rücksichten auf den starken französischen, englischen Druck oder die tschechoslowakischen Empfindlichkeiten, vielleicht der Fehlschlag einer Auseinandersetzung zwischen der Legionärsbewegung Belea Codreanu und der christlich-nationalen Regierung Goga oder die zeitweilig in Reichsweite gerückte Verständigung zwischen der das politische Leben bis zum Ende dieses Jahres beherrschenden Liberalen Partei unter Tătărescu, dem langjährigen Ministerpräsidenten und Außenminister im gegenwärtigen Kabinett, und den National-Baranisten unter Maniu? Alles das wird die Politiker nicht nur Rumäniens beschäftigen.

Unstreitig haben verschiedene Faktoren den Entschluß des Königs bestimmt, Octavian Goga plötzlich fallen zu lassen und unter einem Konzentrationskabinett bis auf weiteres die Militärdiktatur aufzurichten. Die Ermordung zweier Mitglieder der Eisernen Garde hatte die Spannung zwischen den Christlich-nationalen Goga und den Legionären Codreanu verschärft. Der revolutionäre Elan, mit dem die Regierung Goga ihr Parteiprogramm zu verwirklichen schien, führte außerdem zwei alte Kampfahnen des rumänischen Partei-lebens, die Liberalen und die National-Baranisten, aus Furcht vor einem reinen Rechtskurs wenigstens zeitweise an einen Verhandlungstisch, an den sie sich noch im Dezember unter keinen Umständen zusammensetzen wollten. In der neuen Kabinettssitz fehlte indes neben Goga und Codreanu auch der national-baranistische Führer Maniu. Die Reserve der National-Baranisten hat König Karl also auch diesmal nicht überwinden können.

Bedeutungsvoller als der mißglückte Ausgleich mit Maniu wird allerdings für die Zukunft Rumäniens das eiszeitliche Verhältnis zwischen der Eisernen Garde und der neuen Regierung bleiben, die unter dem Namen „Alles für das Land!“ bei der letzten Wahl als der eigentliche Gewinner hervorging. Die Eisernen Garde hat nie an ihrem Willen Zweifel gelassen, den Pfleg zum Umbau des politischen Lebens in Rumänien tief anzusehen. Sie will den Kern des rumänischen Menschen umwenden und sieht ihre Aufgabe im Pädagogischen „Was wir Rumänen brauchen, das ist nicht ein großer Politiker, das ist ein großer Erzieher“, so hat ihr Führer Codreanu als Kernalbum 1936 in seinem Buch „Für meine Legionäre“ geschrieben. Eine neue Welt soll aus der Fäulnis geboren werden, die die Parteführer der Liberalen und National-Baranisten nach seiner Ansicht in den Jahren, da sie verantwortlich regierten, hinterlassen haben. Eine Welt puritanischer Härte, der Arbeit, der sonativen Sauberkeit und des völkischen Sozialismus!

Gerade die Männer der neuen Regierung, die zahlreichen ehemaligen Ministerpräsidenten Rumäniens, vertreten aber in den Augen der Eisernen Garde das bekämpfte Prinzip, wonach eine an die Regierung gelangte Oppositionspartei alle verfochtenen Grundsätze und Programme beiseite schiebt, die Liberalen plötzlich die Vorteile eines Staatssozialismus entdecken und die an sich bauerlich ausgerichteten National-Baranisten sich plötzlich sehr gut in eine städtisch-kapitalistische Hoffnung hineinfinden. So sieht das neue Kabinett aus wie ein schweres, ja das aller schwerste Gechütz gegen die Eisernen Garde. Ministerpräsident ist der 73jährige Kirchen-patriarch Miron Cristea. Als Patriarch führt er den Titel Heiligkeit. Er steht naturgemäß über den politischen Ereignissen. König Karl hofft, wie es scheint, durch die geheiligte Person des Patriarchen seine Regierung vor den leidenschaftlichen Angriffen erbitterter politischer Gegner zu schützen. Aber weder der neue Außenminister Tătărescu, der alte aus dem Weltkrieg bekannte rumänische Marschall Avramescu, der Parteführer der rechtsgerechten rumänischen Front Voivoda Verőf noch der nationaldemokratische Professor Jorga finden vor den Augen Codreanu Gnade. Lediglich dem Kriegsminister General Antonescu werden gute Verbindungen zu der Eisernen Garde nachgesagt.

hat, dann zeige dies am deutlichsten von der Gesinnung dieses Zeugen. Er habe von den Behörden, die er achtet, eine viel zu hohe Meinung, um Nachteiliges über sie zu sagen. Auch die Deutsche Vereinigung müsse er vor den grundlosen Verdächtigungen des Wichmann in Schutz nehmen. Zum Schluss bittet N. um Freispruch, da er sich in keiner Weise schuldig fühle. Auch Zimmerman bittet das Gericht um ein freisprechendes Urteil. Wichmann habe lediglich deshalb einen niedrigen Lohnsatz erhalten, da seine Arbeit, die keinerlei Fachkenntnisse oder physische Anstrengungen erforderte, nicht unter der Tarif fallt und ebenso gut von einem jungen Mädchen oder Burschen ausgeführt werden konnte.

Das Urteil.

Das Gericht erkannte in einer Sonderprüfung am Sonnabend vormittag die Angeklagten Niefeldt und Zimmerman des ihnen zur Last gelegten Vergehens der nachteiligen Berechnung der Richter für schuldig und verurteilte beide zu je 1 Monat Arrest und 50 Zloty Geldstrafe sowie Tragung der Gerichtskosten. Auf die Arrest-Strafe von 1 Monat wurde ihnen ein Strafausschub von 2 Jahren gewährt.

Ob König Karl durch den autoritären Anstrich, den er der neuen Regierung durch die Einwilligung zu Ausnahmeverordnungen mit auf den Weg gegeben hat, die erregte politische Atmosphäre seines Landes beruhigen kann, werden die nächsten Wochen erweisen müssen. Die Toten des Patriarchen-Kabinetts Miron Cristea, der übrigens ebenso wie Goga und Cuza, die Häupter der zurückgetretenen Regierung, als Anteil mit bekannt ist, werden in Kürze darüber Klärheit verschaffen, ob König Karl den Weg weiter verfolgt, den er im Januar mit der Betrauung der Christlich-nationalen eingeschlagen hat. Sowohl auf innen- wie auf außenpolitischem Gebiet ging die Regierung Goga eigene Wege, die eine neue Epoche in Rumänien eingeleitet haben. Es fragt sich, ob Ministerpräsident Miron Cristea und seine Mitarbeiter diesen einhalten oder wieder verlassen werden. An dieser Entscheidung wird sich auch die Frage klären, ob die neue Regierung eine Lösungsmöglichkeit für die verwirrten Parteiverhältnisse in Rumänien und die politische Neuordnung des Donauraumes darstellt oder ob der neue Kurs nur ein weiteres Sabotieren von Symptomen bleibt.

Frankreich erzwang Gogas Sturz.

Der Sturz der Regierung Goga hat schon bei seinem Bekanntwerden keinen Zweifel darüber gelassen, daß er im wesentlichen unter dem Druck Englands und insbesondere Frankreichs gelehnt. Die französische Presse, und hier wieder vornehmlich die Linkspresse, hat in ihrem überschäumenden Machttransch jetzt die Masse fallen gelassen und sich in ihren Äußerungen ganz offen zu dieser skandalösen Einmischung in innenrumänische Verhältnisse bekannt.

Dass selbst der Sturz der Goga-Regierung diesen Kreisen noch nicht ausreicht, beweist eine Äußerung der kommunistischen Pariser Zeitung „Humanité“. Diese schreibt: Das Verschwinden der Regierung Goga bringt noch keine Lösung. Frankreich muss weiter wachsam bleiben. Es muss dieselben Druckmittel, die gegen Goga angewandt wurden, weiterwirken lassen. Dem neuen Kabinett müssen die Lebensmöglichkeiten genommen werden. In ähnlicher Sprache äußert sich die sozialdemokratische Presse von Paris. Aber nicht nur die marxistischen Blätter sprechen offen die Einflussnahme Frankreichs auf den Sturz der Regierung Goga aus, sondern auch der rechtsgerichtete „Jour“ schreibt: Der Sturz Gogas wird mit Recht auf außenpolitische Gründe zurückgeführt. Im rumänischen Königspalast wurden von französischen und englischen Diplomaten energische Schritte zur Beseitigung der Regierung Goga unternommen.

Moskau schickte Truppen an die Grenze.

Sehr ausführlich berichtet die italienische Presse über die Ereignisse in Bukarest. Der Berichterstatter des „Giornale d'Italia“ betont, daß der Rücktritt Gogas auf die von den Westmächten ausgehenden Einflüsse zurückzuführen gewesen sei. Neben den Gerüchten über einen englisch-französischen Schritt habe man erfahren, daß Moskau im Zusammenhang mit seiner Aktion wegen des verschwundenen Geschäftsträgers Butenko beträchtliche Streitkräfte an der rumänischen Grenze zusammengezogen hatte.

Das Hauptorgan der Nationalen Partei in Polen, der „Warszawski Dziennik Narodowy“, beschäftigt sich in einem Artikel mit den politischen Ereignissen in Rumänien und schreibt: „Wir scheuen uns nicht, festzustellen, daß für alle Freunde einer Zusammenarbeit Polens mit den westeuropäischen Staaten die Tatsache der Intervention der Vertreter dieser Staaten in den inneren politischen Angelegenheiten eines mit uns befreundeten Volkes das schmerzlichste politische Ereignis in den Jahren 1919 bis 1938 darstellt.“

Weiter heißt es, daß ein Aufhalten der politischen Entwicklung in den Staaten Polen und Rumänien unmöglich sei und durch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker, die ihre Unabhängigkeit wahren und nationales Gefühl besitzen, politische Folgen herauftreten werden können, deren Tragweite heute gar nicht vorausgesehen werden kann“.

Das Auftreten Englands und Frankreichs in Rumänien sei neben die Tatsache der Lieferung von Waffen und Flugzeugen an die Roten in Spanien zu stellen: „Der von der jüdischen Politik über die nationalen Bestrebungen in Rumänien errungene Erfolg ist ein

Pyrrhsieg.“

Dieses Vorgehen der beiden Entente-mächte sieht das genannte polnische Blatt als eine Förderung der Blockbildung in Europa an und es sei „für jeden, der die politischen Verhältnisse in Europa solcherweise betrachtet, die Einmischung Frankreichs und Englands in die inneren politischen Verhältnisse Rumäniens eines der tragischsten Ereignisse in der Geschichte Europa nach dem Weltkrieg.“ Dieser Artikel hat in Polen sehr großes Aufsehen erregt, da das genannte Blatt sonst eine unentwegt französisch-freundliche Politik betrieben hat, obwohl es gegen die jüdischen und freimaurerischen Einflüsse in der Politik Sturm läuft.

In der kurzen Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß es den Aussagen des Zeugen Wichmann seines Eides wegen, Glauben geschenkt hat, wenn dieser auch mit sich bei seinen Aussagen vom Ärger über die unerfüllten Forderungen hatte leiten lassen.

Die weitere von dem Verteidiger beantragte Zeugenvernehmung wurde aus dem Grunde abgelehnt, weil die Gespräche zwischen Niefeldt und Wichmann ohne Zeugen stattgefunden haben. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Wanderbund-Prozeß vertagt.

Einer der Richter ist plötzlich erkrankt.

Am Freitag sollte, wie berichtet, in der Berufungsverhandlung gegen die 36 jugendlichen Mitglieder des Tarnowitzer Wanderbundes wegen angeblicher Geheimbündelei das Bezirksgericht in Tarnowitz das Urteil verkünden. Inzwischen ist jedoch einer der beisitzenden Richter (Poplawski) plötzlich schwer erkrankt, weshalb die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt bleibt.

